

JÖRG ROESLER

## DDR – Bundesrepublik: Der verweigerte Vergleich

*Der Ort der DDR in der Geschichte der deutschen Nation und des deutschen Nationalstaats ist noch lange nicht ausdiskutiert.  
Jürgen Kocka in: »Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung«*

»Die Geschichte Deutschlands nach 1945 wird in Zukunft konzeptionell anders geschrieben werden müssen als bisher ...« Dieser Satz fiel nicht erst in der im Herbst 2003 von Jürgen Kocka initiierten Debatte über Erfolge und Defizite der Historiographie über die DDR seit 1990.<sup>1</sup> Er ist zehn Jahre älter. Christoph Kleßmann, der Verfasser von zwei Bänden zur deutschen Nachkriegsgeschichte in den 80er Jahren, schrieb diesen Satz 1993 in einem historiographischen Artikel für die wissenschaftliche Beilage der Wochenzeitschrift »Das Parlament«. Er leitete seine Forderung aus der damals noch nicht drei Jahre alten deutschen Vereinigung ab: »Die durch das Ende der DDR auf die Tagesordnung gesetzte politische Aufgabe, die innere Einheit einer tief gespaltenen Gesellschaft herzustellen wird beträchtliche Rückwirkungen auf den Zugang zu ihrer doppelten Geschichte haben. ... Ein Blick auf die Historiographie zeigt, daß eine solche Perspektive bislang die Ausnahme war.«<sup>2</sup>

Ein Blick auf die im Herbst 2003 diskutierten Defizite der DDR-Historiographie der 90er Jahre läßt erkennen, daß bis heute in der Frage der Behandlung beider deutscher Staaten als gemeinsame Grundlage der deutschen Nachkriegsgeschichte kaum eine Änderung zu verzeichnen ist.

Nur bescheidene Fortschritte wurden zwischen 1993 und 2003 in jenem Bereich der deutschen Zeitgeschichtsforschung gemacht, um die es Kleßmann vor allem ging und die er mit den Begriffen »Abgrenzung und Verflechtung« umschrieb und in denen er auf wechselseitige Beziehungen und gegenseitige Bezugnahmen zwischen Ost- und Westdeutschland einging.<sup>3</sup> So gut wie keine Anstrengungen wurden bisher unternommen, politische, soziale und ökonomische Entwicklungen in beiden deutschen Staaten miteinander zu vergleichen. Dabei hatte bereits die in den 80er Jahren einflußreichste Persönlichkeit in der damaligen DDR-Forschung, Hartmut Zimmermann, anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung beider deutscher Staaten mit Nachdruck auf die Vorteile eines deutsch-deutschen Vergleichs verwiesen. »Die Untersuchung vergleichbarer Problemlagen bei divergierenden systemspezifischen Lösungsmöglichkeiten läßt Rückschlüsse auf das Gesamtsystem zu. Die Ergebnisse derartiger Arbeiten eignen sich zudem in besonderer Weise als Aus-

Jörg Roesler – Jg. 1940, Prof. Dr., Wirtschaftshistoriker, Mitglied der Leibniz-Sozietät, Vorlesungen an der Universität der Künste Berlin, zuletzt in UTOPIE kreativ: »Die New Economy – ein Wiederholungsfall? Überlegungen zu ihrer Einordnung in die Wirtschaftsgeschichte des 19. bis 21. Jahrhunderts«, Heft 161 (März 2004).

Siehe auch die Beiträge von Wolfgang Fritz Haug, Florian Havemann und Detlef Kannapin in diesem Heft.

Wer über Deutschland schrieb, beschränkte sich meist auf die Bundesrepublik – die DDR blieb draußen, weil sie »Osten« war. Wer über den Osten schrieb, beschränkte sich auf die Länder jenseits der DDR – die DDR blieb draußen, weil sie Deutschland war. Und wer über die DDR schrieb, beschränkte sich auf die DDR, weil sie weder Osten noch Deutschland war.  
 Peter Bender: Fall und Aufstieg: Deutschland zwischen Kriegsende, Teilung und Vereinigung, Halle 2002, S. 210.

gangspunkt für den deutsch-deutschen Dialog, weil nicht die ›Systemfragen‹ von vornherein im Vordergrund stehen, sondern diese sich aus konkreten Stärken und Schwächen ergeben. Bewertungen bleiben da keineswegs ausgespart, sie haben aber den Vorteil des unmittelbaren konkreten Belegs.«<sup>4</sup>

Fruchtbar im Zimmermannschen Sinne wird der deutsch-deutsche Vergleich vor allem dann, wenn die Bewältigung von gleichen oder ähnlichen Herausforderungen zum Gegenstand der Untersuchung gemacht wird, auf die beide deutsche Staaten zu reagieren hatten. Eine derartige Herausforderung wurde z. B. für West- und Ostdeutschland die Integration der am Ende des Krieges geflohenen bzw. entsprechend den Beschlüssen des Potsdamer Abkommens ausgesiedelten Deutschen jenseits von Oder/Neiße und Sudeten. Bei einem Vergleich der in BRD und DDR entwickelten Bewältigungsstrategien kommen – wie von Zimmermann antizipiert – die spezifischen systemischen Charakteristika beider deutscher Staaten deutlich zum Ausdruck.

Nachdem sich beide deutsche Verwaltungen damit hatten abfinden müssen, daß es nicht um die Organisierung eines vorübergehenden Aufenthalts für die Flüchtlinge, sondern um deren Integration in die ost- bzw. westdeutsche Gesellschaft ging, entwickelten sie systemtypische Bewältigungsstrategien. Charakteristisch für die ostdeutsche Gesellschaft der Nachkriegszeit war der Eigentumswechsel durch entschädigungslose Enteignung von Großindustrie und Großgrundbesitz. Das erlaubte die Ansiedlung eines Teiles der Flüchtlinge und Vertriebenen als Neubauern. Die Bodenreform war in Westdeutschland zwar auch wiederholt proklamiert, aber nicht realisiert worden, wie auch in der Großindustrie die Eigentumsverhältnisse faktisch unangetastet blieben. Die aus dem realen Eigentumswechsel resultierenden Integrationsmöglichkeiten für Flüchtlinge konnten nur in der sowjetischen Besatzungszone wahrgenommen werden.

Auch auf den Ostteil beschränkt waren die massiven Integrationsmöglichkeiten, die sich für Umgesiedelte durch den dort sich vollziehenden Elitewechsel infolge konsequenterer Entnazifizierung und politischer Neuorientierung ergaben. Die Einstellung von Flüchtlingen und Vertriebenen als (Neu-)Lehrer oder Verwaltungsbeamte war in der DDR eine Integrationsvariante, die in der Bundesrepublik die Ausnahme bleiben mußte. Auch die in Ost- und Westdeutschland unterschiedlichen ordnungspolitischen Entscheidungen – für die direktive Planwirtschaft bzw. die (ordo)liberale Marktwirtschaft – beeinflussten die Integrationsmöglichkeiten der »Neubürger«. Die sich bald nach der Währungsreform im Osten entfaltende Planwirtschaft bewirkte relativ rasch den Abbau der Nachkriegsarbeitslosigkeit und ließ die Integration über die Ansiedlung der zunächst auf dem Lande untergekommenen Umsiedler an den »Brennpunkten des Neuaufbaus« zu einer erfolgreichen individuellen Integrationsstrategie werden. In den Westzonen bzw. der frühen Bundesrepublik bewirkte die Wiedereinführung der »freien Marktwirtschaft« durch den ordoliberalen Erhard dagegen bis zum Anfang der 50er Jahre ein außerordentlich hohes Maß an Arbeitslosigkeit, das den Flüchtlingen und Vertriebenen die individuelle Integration über den Arbeitsplatz

außerordentlich erschwerte. Eine mit der Situation in der DDR vergleichbare Eingliederungschance bekamen die westdeutschen Zuwanderer in der BRD über die Sozialgesetzgebung, die ihnen über den Lastenausgleich jene Geldmittel zukommen ließ, mit deren Hilfe sie in der inzwischen stärker ins Soziale gemauserten Marktwirtschaft der Bundesrepublik Fuß fassen konnten.

Die vergleichsweise großzügige Behandlung der Flüchtlinge und Vertriebenen durch den Lastenausgleich war Ausdruck eines weiteren Unterschieds zwischen den beiden sich herausbildenden deutschen Staaten, der allerdings nicht systembedingt war: Das zunehmende Wirtschaftswachstum kreierte seit Anfang der 50er Jahre in Westdeutschland beträchtliche Steuerüberschüsse, die der Staat umverteilen konnte. Auch in der DDR gab es ein verglichen mit der Vorkriegszeit und der späteren DDR rasches Wirtschaftswachstum, das dem in der BRD nur wenig nachstand. Aber es erfolgte von einem durch die Demontagen in Ostdeutschland verursachten weitaus niedrigeren Niveau aus. Die Überschüsse wurden zudem bis 1953 weitgehend durch Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion aufgebraucht. Was übrig blieb – wenig genug –, ging vorrangig in Investitionen. Für die Umverteilung blieb wenig. Kein Wunder also, wenn in der DDR Anfang der 50er Jahre die spezielle Sozialgesetzgebung für Umsiedler de facto auslief, zu einem Zeitpunkt, da sie im Westen ihre Blütezeit erlebte.

Ob die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen über finanzielle Starthilfen und Wohnungsbau oder über Arbeitsangebote – die, sofern die neuen Produktionsstätten »auf der grünen Wiese« entstanden, auch ein Wohnungsangebot enthielten – die akzeptablere sei, mag dahingestellt bleiben. Aber keiner der beiden deutschen Staaten hätte die Integrationsstrategien des anderen wählen können. Insofern hatten sie beide ihre Berechtigung, ist jede für sich ernstzunehmen.

Wenn man aber die Frage der individuellen Zufriedenheit der »Neubürger« mit der einen oder anderen Integrationsstrategie nicht auslassen will, so bietet sich im deutsch-deutschen Vergleich dafür eine Möglichkeit, dies in Erfahrung zu bringen. Die deutsch-deutschen Wanderungen bis 1961 könnten, wenn die Forschung sie erst einmal hinsichtlich der Flüchtlinge genügend genau erforscht hat, darüber Auskunft geben. Denn die ehemaligen Flüchtlinge hatten anderthalb Jahrzehnte die Möglichkeit, zwischen beiden Integrationsstrategien durch eine »Abstimmung mit den Füßen« zu wählen – und haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Nach dem heutigen Forschungsstand ging der Anteil von Vertriebenen an den DDR-Flüchtlingen im Laufe der fünfziger Jahre immer stärker zurück und fiel 1960 sogar unter den zu vermutenden Bevölkerungsanteil der Vertriebenen in der DDR.<sup>5</sup> Auch die »Integration über Arbeit« hatte ihre Wirksamkeit unter Beweis gestellt.

Gemeinsame Herausforderungen ähnlicher Provenienz wie die Bewältigung der Integration der Vertriebenen haben vor beiden deutschen Staaten auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet häufiger gestanden, als man sich – befangen in den Ergebnissen einer beide deutsche Staaten separiert betrachtenden Geschichtsschreibung – vorstellt. Hier seien nur einige den Bereich der Wirt-

Schließlich braucht man einen neuen Ansatz. Es genügt nicht mehr, den eigenen Staat zu beschreiben und den anderen, soviel man drüber wusste, hinzu-zufügen. Man musste neu denken, also Bundesrepublik und DDR zusammendenken. Peter Bender: Fall und Aufstieg: Deutschland zwischen Kriegsende, Teilung und Vereinigung, Halle 2002, S. 211-212.

Fragen nach dem Umgang mit der Vergangenheit werden grundsätzlich neu gestellt ... Hier handelt es sich nicht um ein tagesaktuelles oder ostdeutsches Sonderproblem. In der Gegenwärtigkeit der Vergangenheit liegt eine wichtige Schicht unserer gesellschaftlichen Selbstwahrnehmung und nationalen Identität. Die doppelte Geschichte der Deutschen kann deshalb nicht getrennt bewältigt werden, wenn man gemeinsam zur inneren Einheit finden will. Werner Weidenfeld (Hrsg.): Deutschland, eine Nation – doppelte Geschichte. Materialien zum deutschen Selbstverständnis, Köln 1993, S. 15.

schaft betreffende genannt: der Wiederaufbau der kriegszerstörten Wirtschaft bis in die erste Hälfte der 50er Jahre; die Notwendigkeit von Wirtschaftsreformen Anfang bzw. Mitte der 60er Jahre, nachdem die Triebkräfte des kräftigen Wirtschaftswachstums während der »langen 50er Jahre« aufgehört hatten zu wirken; die Umstellung der Wirtschaft in beiden an Erdöl und Rohstoffen armen deutschen Staaten nach dem ersten Erdölpreisschock von 1973; die Notwendigkeit in beiden deutschen Staaten Mitte bzw. in der zweiten Hälfte der 70er Jahre, auf die »mikroelektronische Revolution« zu reagieren, nachdem BRD und DDR sie in der ersten Hälfte der 70er Jahre zunächst »verschlafen« hatten.

Mußte in den geschilderten Fällen zwangsläufig jedes Wirtschaftssystem auf die ähnlich gearteten Herausforderungen spezifisch reagieren und sich dabei als das mehr oder das weniger Geeignete erweisen, so gab es andere Fälle, in dem die Zugehörigkeit der DDR und der BRD zum Block der jeweils anderen Supermacht und zum anderen »Weltmarkt« allein genügte, um aus ähnlichem Anlaß in beiden deutschen Staaten ganz unterschiedliche, um nicht zu sagen entgegengesetzte Reaktionen herbeizuführen.

So führte der Koreakrieg, der 1951/52 seinen Höhepunkt erreichte, für die DDR zu einer starken wirtschaftlichen Zusatzbelastung, weil die UdSSR der DDR ab Frühjahr 1952 enorme Rüstungseinkäufe abverlangte, die Sparprogramme im Konsumgüterbereich nach sich zogen. Die Anpassung der Einkommen an den schrumpfenden Verbrauch sollte u. a. durch Verweigerung von Lebensmittelkarten für die »Ausbeuterklasse« und durch de facto Lohnkürzungen (u. a. über Normerhöhungen) für die Arbeiterklasse erfolgen. Der Aufstand vom 17. Juni 1953 war die Folge. Für die Bundesrepublik galten im großen und ganzen noch die Nachkriegsbeschränkungen der Waffenproduktion. Das wurde für sie zu einer wirtschaftlichen Chance. Denn als alle westlichen Industrieländer ihre Schwerindustrie auf Rüstungsgüter umstellten, war die westdeutsche die einzige westliche Schwerindustrie, deren Kapazitäten nicht durch Rüstungsaufträge belastet waren und die noch über eine Exportkapazität für zivile Ausrüstungen verfügte. Die »Außenhandelsmacht« Bundesrepublik wurde in den Jahren des Koreakriegs geboren. Das »Wirtschaftswunder« verstetigte sich seitdem.

Soviel zur Illustration der verlockenden Aussichten, die ein deutsch-deutscher Vergleich für die tiefere Erkenntnis der Struktur und des Funktionierens beider deutscher Staaten liefern könnte. Die Behandlung der durch Vergleich gewonnenen Ergebnisse sollte der Ausgangspunkt für einen Dialog über die gemeinsame geteilte Vergangenheit sein, weil – wie Zimmermann schon sagte – so nicht die »Systemfragen« von vornherein im Vordergrund ständen, »sondern diese sich aus konkreten Stärken und Schwächen ergeben«. Bewertungen würden bei derartigem Herangehen keineswegs ausgespart, sie hätten aber »den Vorteil des unmittelbaren konkreten Belegs«.

Angesichts der geschilderten Vorteile fragt man sich, warum die Möglichkeiten des Vergleichs bzw. der Untersuchung der gegenseitigen Beziehungen und Bezugnahmen nach 1990 von den deutschen Zeithistorikern so gut wie gar nicht genutzt wurden?

Dafür gibt es meines Erachtens drei Gründe. Der *erste* ist politisch-ideologischer Natur und hängt eng mit der Art, in der die deutsche Einheit vollzogen wurde, zusammen. Die Vereinigung war ihrem Charakter nach eine asymmetrische. Nicht zwei Seiten taten sich zusammen, um ein gemeinsames neues Werk anzupacken, sondern die eine Seite schloß sich der anderen an bzw. wurde angeschlossen.<sup>6</sup> Wolfgang Schäuble, Chefunterhändler der Bundesrepublik, hat im Jahre 1990, als es um die Art der Vereinigung beider deutscher Staaten ging, dies in seiner Haltung gegenüber den Unterhändlern aus der DDR deutlich zum Ausdruck gebracht. In seinen Memoiren berichtet er: »Meine stehende Rede war: Liebe Leute, es handelt sich um einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, nicht um die umgekehrte Veranstaltung. ... Hier findet nicht die Vereinigung zweier gleicher Staaten statt. Wir fangen nicht ganz von vorn bei gleichberechtigten Ausgangspositionen an. Es gibt das Grundgesetz, und es gibt die Bundesrepublik Deutschland. Laßt uns von der Voraussetzung ausgehen, daß ihr vierzig Jahre lang von beiden ausgeschlossen wart.«<sup>7</sup>

Zu welchen bis heute spürbaren Verwerfungen diese bundesdeutsche Perspektive auf den Vereinigungsprozeß geführt hat, ist bekannt und soll hier nicht weiter ausgeführt werden. Wozu sie in der deutschen Nationalgeschichtsschreibung geführt hat, sei am Beispiel einer Publikation zur deutschen Nachkriegsgeschichte, die Ende der 90er Jahre erschien und auf breite Publikumswirkung zielte, demonstriert.

Der Wirtschaftswissenschaftler und Publizist Weimer hat 1998 eine »Deutsche Wirtschaftsgeschichte« veröffentlicht. In seinem Band, dessen Darstellung 1945 einsetzt und die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland bis zur Gegenwart verfolgt, berücksichtigt er auch die DDR. Von den knapp 350 Seiten, in denen er den Zeitraum bis 1989 behandelt, hat er fünfeinhalb Seiten oder 1,6 % des Textes dem östlichen deutschen Staat gewidmet. Der Abschnitt »Der 17. Juni 1953« findet sich bei ihm im Kapitel »Der große Sprung (1952-1958)«, »Der Mauerbau« im Kapitel »Sturm und Drang (1959-1962)« wieder.<sup>8</sup> Offensichtlich hat Weimer für sich das sofort nach der Wende kursierende Wort von der »DDR als Fußnote der deutschen Geschichte« zur Richtschnur der Behandlung des ostdeutschen Staates gemacht.

Der Verbreitung von Weimers Werk dürfte die asymmetrische Behandlung beider deutscher Staaten kaum geschadet haben. Denn fünf von sechs potentiellen Lesern leben im Westen. Schon während des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik 1990 ließen die Westdeutschen erkennen, daß sie an den Strukturen und auch an den Errungenschaften der DDR nicht interessiert waren. »Westdeutsche sehen keinen dringenden Anlass, sich mit der Geschichte der Ostdeutschen auseinander zu setzen und somit einen mühsamen Prozess der historischen Neubestimmung der eigenen Identität zu beschreiben. Die Geschichte der DDR gilt vielen ehemaligen Bundesbürgern als Geschichte eines anderen, fremden Staates, dem nun im vereinten Deutschland nur noch regionales, aber nicht nationales Interesse zukommt. In ihrem Bewusstsein hat sich die alte Bundesrepublik mit der Wiedervereinigung lediglich erweitert, es entstand nicht etwas gemeinsames Neues.«<sup>9</sup>

Das Spannungsverhältnis zwischen der Verflechtung beider Teilstaaten im Sinne eines fortwirkenden ökonomischen, politischen und kulturellen Zusammenhangs, ohne den eine Nation nicht denkbar ist, und einer bewußt oder unbewußt betriebenen oder gewünschten Abgrenzung auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Formen läßt sich als Leitlinie für 45 Jahre deutscher Nachkriegsgeschichte verstehen, die nicht einfach deutsche Nationalgeschichte, im Zeitalter der Teilung aber auch nicht ohne weiteres eine getrennte Geschichte zweier Staaten und Gesellschaften einer Nation ist. Gerade diese Spannung scheint mir das spezifische Profil der Entwicklung nach 1945 auszumachen, ohne das die innere und äußere Situation beider Hälften nicht zu verstehen ist. Christoph Kleßmann: Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B29/30/1993, S. 30.



Es ist nicht zu übersehen, wie sehr die DDR-Forschung der letzten Jahrzehnte von den Quellen geprägt ist, die ihr in überwältigender Fülle zugänglich wurden ...

Aber in der Folge ist die DDR-Forschung nicht nur zu ihrem Vorteil empirisch sehr dicht geworden, sondern auch ungemein kleinschrittig.

Jürgen Kocka: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Hermann Weber zum 75. Geburtstag, in: Deutschlandarchiv, 5/2003, S. 767.

Der Versuch, aus den zwei getrennten wieder eine deutsche Nationalgeschichte zu machen, ob nun mit Hilfe der Darstellung der gegenseitigen Beziehungen und wechselseitigen Bezugnahmen oder durch den Vergleich der Reaktion beider deutscher Staaten auf gleiche oder ähnliche Herausforderungen, verlangt aber die Aufgabe der Position, daß die »eigentliche Geschichte« Deutschlands nach 1945 im Westen abgelaufen sei, verlangt den Verzicht auf die Charakterisierung der ostdeutschen Entwicklung als »Sonderweg« oder »Umweg«, über den man nicht mehr viele Worte zu verlieren brauche, nachdem er Gott sei Dank beendet sei und vergessen werden könne. Die Weiterführung der deutschen Nationalgeschichte über das Jahr 1945 hinaus verlangt eine Geschichtsbetrachtung von Ost und West in Augenhöhe oder – wie es der Publizist Peter Bender ausdrückte – die Akzeptanz der »Gleichheit aller Deutschen vor der Geschichte«.<sup>10</sup>

Der *zweite* Grund, warum die Notwendigkeit und die Vorteile einer aufeinander bezogenen Geschichte beider deutscher Staaten bisher nicht erkannt bzw. nicht genutzt wurden, ist auf die Forschungsstruktur, in der die mit der deutschen Nachkriegsgeschichte beschäftigten Historiker arbeiteten – und heute noch arbeiten –, zurückzuführen. Während der Zeit der Teilung kam es so, daß sich die Zeithistoriker entweder mit der Geschichte des eigenen Landes oder mit der des anderen deutschen Staates beschäftigten. Im Osten forschte man zur Geschichte der Bundesrepublik in einem anderen Akademieinstitut als über die Geschichte der DDR. Im Westen entwickelte sich die Zeitgeschichtsschreibung über Ostdeutschland im Rahmen der DDR-Forschung institutionell und personell unabhängig von der Zeitgeschichte über die Bundesrepublik.

Die damaligen Strukturen sind mit dem Untergang der DDR als Staat bedeutungslos geworden. Denn wie auf fast allen Gebieten fand auch im Hochschulwesen und in der Forschung der Anschluß der DDR an die Bundesrepublik statt. Auch die westdeutschen Institutionen zur DDR-Forschung wurden weitgehend demontiert. Doch die damit gegebene Chance zur Neuordnung der deutschen Zeitgeschichtsforschung wurde nicht genutzt. Parallel zur Fortschreibung der Geschichte der Bundesrepublik hat es seit Beginn der 90er Jahre, nach Öffnung der DDR-Archive, eine »Aufarbeitung der DDR-Geschichte« gegeben. Deren »Expansion« vollzog sich »atemberaubend rasch«, allerdings »zu einem erheblichen Teil an spezialisierten Instituten und Forschungsabteilungen«. Die Geschichte des östlichen deutschen Staates blieb dadurch weiterhin separiert, und wurde mit dem westlichen schon »wegen des sehr hohen Maßes an Spezialisierung«<sup>11</sup> nicht mit der des Weststaates verglichen – wie schon in den Zeiten der Teilung.

Selbst bei gutem Willen fällt es auch den auf die Geschichte der Bundesrepublik spezialisierten Historikern offensichtlich aus ihrer Spezialisierung heraus schwer, den wegen der weiterhin bestehenden institutionellen Abgrenzung vom anderen Teil Deutschlands trennenden Graben zur Geschichte der Bundesrepublik zu überwinden. Eine der besten Geschichten der Bundesrepublik, die in den vergangenen Jahren geschrieben wurden, stammt von Manfred Görtemaker. Aber auch bei ihm ist die einzige Konzession gegenüber den

üblichen deutschen Nachkriegsgeschichten der 60er bis 80er Jahre die gemeinsame Behandlung der alten und neuen Bundesländer im letzten, den 90er Jahren gewidmeten Kapitel. Doch immerhin hielt Görtemaker eine Erklärung, »wenn nicht gar eine Rechtfertigung« seines Vorgehens für angebracht. Er betont zwar, daß die DDR eine »Episode blieb«. Damit sei jedoch nicht gesagt »dass man nunmehr auf die Behandlung der DDR-Geschichte verzichten könnte.« Die DDR als Gegenstand der Geschichtsschreibung sei »jedoch ein gesondertes Thema«, das »eigene methodische Zugänge und einen tiefen Blick in die Quellen des SED-Staates erfordert.«<sup>12</sup> Dazu fand sich Görtemaker – ungeachtet der günstigen Quellenlage, was die Zugänglichkeit der Archive über die DDR betrifft – allerdings nicht bereit.

Görtemaker hat damit das zweite der Motive für die weiterhin gesonderte historische Darstellung beider Teile Deutschlands durch westdeutsche Historiker, soweit sie Spezialisten für die Geschichte der Bundesrepublik sind, offen angesprochen: Die unzureichende Kenntnis über den anderen deutschen Staat.

Um dieses Problem weiß auch der wohl energischste Advokat einer einheitlichen deutschen Nachkriegsgeschichtsschreibung, Peter Bender: Jetzt erst, schreibt er über die Zeit nach der Vereinigung, machte sich so richtig »der Mangel« bemerkbar, daß beinahe alle Historiker in Ost und West nur ihre eigene Seite kannten; sich in die andere (Geschichte) hineinzuarbeiten, macht große Mühe, »sich in sie hineinzudenken und hineinzufühlen verlagert viel Geduld und viel Gespräch mit Menschen aller Schichten, die »drüben« gelebt haben.«<sup>13</sup>

Um die Mühen der Einarbeitung in die Geschichte des anderen deutschen Staates weiß auch Hermann Wentker, der Leiter der Abteilung Berlin des Instituts für Zeitgeschichte. In einem von ihm u. a. herausgegebenen Band zur DDR-Geschichte bis 1961 bekennt er sich zu einer nach der Überwindung der deutschen Teilung »veränderten Perspektive auf die deutsche Nachkriegsgeschichte«, ist aber »wegen der Komplexität des Themas« zu nicht mehr als einem »ersten begrenzten Schritt in diese Richtung« bereit.<sup>14</sup>

Es gibt unter den Zeithistorikern aber nicht nur das Zögern vor dem für den einzelnen nur mit beträchtlichem Forschungsaufwand vollziehbaren Schritt zur einheitlichen deutschen Nachkriegsgeschichte. Es gibt auch Stimmen der Verweigerung eines solchen Schrittes als ein unnötiges bzw. sogar schädliches Vorhaben – im gegebenen Falle für weitere Forschungen zur DDR-Geschichte. Herausgefordert fühlten sie sich durch Jürgen Kockas Kritik an der hauptsächlich in den neuen Bundesländern angesiedelten Forschung zur DDR-Geschichte, der er »ein hohes Maß an Selbstreferenzialität und Selbstisolierung« vorwarf.<sup>15</sup> Kockas Hinweis gegenüber, »dass die Geschichte der DDR sehr viel mehr als eine Fußnote der Weltgeschichte ist und dass sie eine interessante Zukunft hat – besonders wenn es gelingt, die Fixierung auf sie zu überwinden« – gaben sich die Berliner Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte sperrig: »Die Zukunft der DDR-Forschung kann ... nicht darin aufgehen, die DDR nur noch vergleichend und »europäisiert« zu sehen. Grundsätzlich gilt ...: Wer die DDR nur ... noch vergleicht, läuft Gefahr, die DDR selbst aus dem Blick zu verlieren.«<sup>16</sup>

Die DDR-Forschung wird an wissenschaftlicher und intellektueller Relevanz gewinnen, je mehr es gelingt, ihre Fragen und Antworten mit anderen Erinnerungs- und Forschungsbereichen in Verbindung zu setzen mit den großen Fragen der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts – sei es vergleichend, sei es durch Verflechtungsgeschichte, sei es auf andere Weise. ... Das wird ihr um so besser gelingen, je mehr sie über den Rand des eigenen Tellers hinaus blickt und den Anschluss an die großen wissenschaftlichen und intellektuellen Fragen der Zeit verstärkt.

Jürgen Kocka: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Hermann Weber zum 75. Geburtstag, in: DA 5/2003, S. 768-769.

Der *dritte* Grund, warum sich die Zeithistoriker dem Projekt einer deutschen Nachkriegsgeschichte bis heute überwiegend verweigern, ist recht diffiziler Art. Er hat mit einer gewissen Risikoscheu vor allem der mit der »Aufarbeitung der DDR-Geschichte« befaßten Historiker zu tun, ist ein Problem ihres Umgangs mit dem von ihnen akkumulierten Wissen.<sup>17</sup> Wenn die Mitarbeiter der Berliner Abteilung des auf DDR-Forschung spezialisierten Instituts für Zeitgeschichte in Berlin in ihrer Antwort auf Jürgen Kockas Kritik aufzählen, was schon alles erforscht sei und welche Bereiche der DDR-Geschichte noch erforscht werden müßten – z. B. die Geschichte der Regionen –, offenbart sich m. E. bei ihnen eine Art »kartographischen Verständnisses« von Geschichtsaufarbeitung: Von den Bereichen bereits gesicherten Wissens über die DDR-Geschichte ausgehend, sind die noch existierenden »weißen Flecken« vorrangig durch empirische Forschungsarbeit zu tilgen, bis schließlich irgendwann in der Zukunft die Geschichte der DDR vollständig und bis ins Detail erschlossen ist. Der Gedanke, daß die Erkenntnisse der Geschichtswissenschaft stets beschränkt sein werden und das gewonnene Geschichtsbild für später vorzunehmende Korrekturen offen bleiben muß, hat bei dem geschilderten kartographischen Verständnis von der »Aufarbeitung der DDR-Geschichte« eigentlich keinen Platz. Die Betrachtung der DDR-Geschichte unter dem Aspekt von »Abgrenzung und Verflechtung« (Kleßmann) mit der Bundesrepublik, vor allem aber ein Vergleich von DDR und BRD wären durchaus geeignet, bereits »sicheres Wissen« über die DDR, das »isoliert« gewonnen wurde, in Frage zu stellen. Das dürfte wohl weniger hinsichtlich der Fakten der Fall sein, als bezüglich zu treffender Wertungen, die die Fakten im neuen Lichte erscheinen lassen bzw. Lücken in der bisherigen empirischen Forschung offenbaren, welche mit dem allein auf die DDR-Aufarbeitung gerichteten Blick nicht zu erfassen waren bzw. vernachlässigbar erschienen.

Der Leser des Beitrages der Berliner Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Vehemenz, mit der die Autoren des Antwortartikels auf Kockas Beitrag vor den Gefahren des Vergleichs warnen, etwas mit der Frucht zu tun hat, erarbeitetes und als gesichert angesehenes Wissen über die DDR in Frage gestellt zu sehen.

Wie können die deutschen Zeithistoriker aus dem geschilderten Dilemma herauskommen? Die Antwort scheint einfach. Die Forscher, die sich mit der BRD beschäftigen, und diejenigen, die die DDR-Geschichte aufarbeiten, müssen aufeinander zugehen, es lernen, miteinander zu kooperieren. Doch einfach wird dieser ebenso naheliegende wie vielversprechende Schritt nicht sein. Dagegen stehen, wie bereits gesagt, individuelle Forscherbiographien und dagegen sprechen auch institutionelle Mauern, von der fehlenden Bereitschaft der tonangebenden politischen Klasse, die deutsche Vereinigung wirklich kritisch zu betrachten und damit ein günstiges Klima für die deutsche Nationalgeschichtsforschung der Teilungszeit zu schaffen, einmal ganz abgesehen. Die im März 2003 auf einer Tagung der Gesellschaft für Deutschlandforschung von Christoph Kleßmann erhobene Forderung, die DDR-Geschichte »eventuell ganz in der Zeitgeschichte aufgehen zu lassen«<sup>18</sup>, zielt in die Richtung der Überwindung der drei behandelten Stolpersteine für eine deutsche Nachkriegsgeschichte.



Für die »alternative historische Forschung«<sup>19</sup> in den neuen Bundesländern existieren weder die institutionellen noch die politischen Hindernisse. Sie sollte dies als Chance begreifen und die Herausforderung annehmen. Das durch die Abwicklungspraxis der 90er Jahre bedingte häufig ungünstig bewertete vergleichsweise hohe Lebensalter und die damit verbundene jahrzehntelange Berufserfahrung dürften von seiten der Forscherbiographien den Schritt von der einseitigen (hauptsächlich auf die DDR bzw. die BRD beschränkten) zur zweiseitigen (BRD und DDR gleichermaßen berücksichtigenden) Nachkriegsgeschichte eher erleichtern als erschweren, zumal sich die ostdeutschen Historiker die verständliche, aber fatale Neigung ihrer westdeutschen Berufskollegen, an einmal gewonnenen Forschungsergebnissen übermäßig Gefallen zu finden, nach der »Wende« sowieso abgewöhnen mußten. Anders gesagt, wohl noch nie seit 1990 waren die Aussichten der ostdeutschen »alternativen Historiker«, einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der deutschen Nachkriegsgeschichte zu leisten, günstiger als zur Zeit.<sup>20</sup>

- 1 Jürgen Kocka: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Hermann Weber zum 75. Geburtstag, in: DA 5/2003, S. 764-771. Die Debatte wird in der »Frankfurter Rundschau« geführt, die eine Kurzfassung des von Kocka gehaltenen Vortrages am 22. August 2003 abdruckte. Darauf antworteten Hermann Wentker und fünf weitere Mitarbeiter der Berliner Abteilung des Instituts für Zeitgeschichte am 20. September. Zu deren Beitrag nahmen Lindenberger und Sabrow, zwei Mitarbeiter des Zentrums für Zeithistorische Forschungen, Potsdam, am 12. November 2003 Stellung.
- 2 Christoph Klefmann: Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 29-30/1993, S. 30.
- 3 Vgl. ebenda, S. 34-39.
- 4 Hartmut Zimmermann: Deutschland 1989: Probleme und Tendenzen nach vierzig Jahren Zweistaatlichkeit, in: Werner Weidenfeld, Hartmut Zimmermann (Hrsg.): Deutschland Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989, Bonn 1989, S. 704.
- 5 Vgl. Michael Schwartz: Kriegsfolgenlasten und »Aufbaugesellschaft«: Vertriebene, Bombengeschädigte und Kriegsbeschädigte in den langen fünfzig Jahren der DDR, in: Dierk Hoffmann, Michael Schwartz, Hermann Wentker (Hrsg.): Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre, München 2003, S. 185.
- 6 Vgl. Jörg Roesler: Der Anschluss von Staaten in der modernen Geschichte. Eine Untersuchung aus aktuellem Anlass, Frankfurt/Main 1999, S. 88 ff.
- 7 Wolfgang Schäuble: Der Vertrag: Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte, Stuttgart 1991, S. 131.
- 8 Wolfram Weimer: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von der Währungsreform bis zum Euro, Hamburg 1998, S. 103, 153.
- 9 Werner Weidenfeld: Geschichte und Identität, in: Rudolf Korte, Werner Weidenfeld (Hrsg.): Deutschland – TrendBuch. Fakten und Orientierungen, Bonn 2001, S. 44.
- 10 Peter Bender: Die Gleichheit aller Deutschen vor der Geschichte, in: Peter Bender: Fall und Aufstieg. Deutschland zwischen Kriegsende, Teilung und Vereinigung, Halle 2002, S. 209-220.
- 11 Jürgen Kocka, a. a. O., S. 767.
- 12 Manfred Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 12.
- 13 Peter Bender: Fall und Aufstieg: Deutschland zwischen Kriegsende, Teilung und Vereinigung, Halle 2002, S. 211.
- 14 Hermann Wentker: Die gesamtdeutsche Systemkonkurrenz und die durchlässige innerdeutsche Grenze, in: Hoffmann, Schwartz, Wentker: Vor dem Mauerbau, a. a. O., S. 59.
- 15 Jürgen Kocka, a. a. O., S. 769.
- 16 Henrik Bispinck, Dierk Hoffmann, Michael Schwartz, Peter Skyba, Matthias Uhl und Hermann Wentker: Ist die DDR-Forschung wirklich in der Krise? In: Frankfurter Rundschau, 30. September 2003.
- 17 Vgl. dazu den bibliographischen, über 7700 seit 1990 erschienene Publikationen auflistenden, von Rainer Eppelmann, Bernd Faulenbach und Ulrich Mählert herausgegebenen Band: »Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung«, Paderborn 2003.
- 18 Thomas Schubert: Bericht über die 25. Wissenschaftliche Jahrestagung der Gesellschaft für Deutschlandforschung vom 6.-8. März 2003, in: Rundbrief 51, Duisburg 17. Juni 2003, S. 8.
- 19 Vgl. Stefan Berger: Was bleibt von der Geschichtswissenschaft der DDR? Blick auf eine alternative historische Kultur im Osten Deutschlands, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 50/2002, S. 1016-1034.
- 20 Daß die Zeichen der Zeit erkannt worden sind, davon zeugt ein hauptsächlich von ostdeutschen Historikern getragenes, gezielt aber auch (nicht mehr institutionsgebundene) westdeutsche Historiker einbeziehendes, bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung angesiedeltes Projekt »Handbuch Deutsche Zeitgeschichte seit 1945«, das im Jahre 2005 im Karl Dietz Verlag Berlin erscheinen wird.